Bezugs-Preis

In der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.

Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 3 (Paulinum),
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.

Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.

Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 500. Sonntag den 2. October 1898. **92. Jahrgang.**

Aus der Woche.

Der Zionismus könnte fast als der charakteristische Zug der deutschen Gegenwart angesehen werden. Der Fahrt des Kaisers nach Jerusalem scheint eine Wichtigkeit beigelegt zu werden, die sie hoffentlich nie erlangen wird. Freilich, nach der negativen Seite bekommen wir ihre Bedeutung schon zu verspüren. Da Kleinasien Trumpf geworden, so ist Afrika Hekuba. Der neue Colonialdirector Dr. Buchta hat nach einer von Anfang an glaubwürdigen und nun nicht mehr zu bezweifelnden Meldung das Gefühl des désintéressement vorläufig auf Transvaal beschränkt, aber das genügt auch. Denn die neueste „Politik" versperrt Deutschland zweifellos für ewige Zeiten Südafrika und damit die Möglichkeit, einmal, wenn nicht der Herrscher, so doch der Maßgebende in weiten Gebieten zu werden, wo deutsche Bauern zu Millionen und aber Millionen sich hätten niederlassen und gedeihen können. Für diesen Verlust gäbe es keine Entschädigungen, selbst wenn das Haus Hannover gesonnen wäre, unseren Regierenden die Gebefreude durch Gegengeschenke von wirklichem Werthe zu verderben. So ist es aber nicht gekommen, obwohl man in Berlin ganze Arbeit macht. Für das Telegramm an Krüger wird dort gründlich Buße gethan.

Gestern meldeten die „Daily News" aus dem Haag, wo sich zur Zeit der Gesandte Transvaals, Dr. Leyds, aufhält: dieser habe Berlin verlassen, ohne den Kaiser gesprochen zu haben. Er habe sich mit dem Versprechen begnügen müssen, der Kaiser werde ihn ein anderes Mal empfangen. In Abwesenheit des Staatssecretärs von Bülow sei Leyds vom Wirklichen Geheimrath von Derenthall empfangen worden und zwar mit folgenden Worten:

„Namens Seiner Majestät habe ich Ihnen den dringlichen Wunsch des Kaisers auszudrücken, daß Sie und Ihre Regierung zum Mindesten aufhören sollten, in deutschen Zeitungen gegen das anglo-deutsche Abkommen zu agitiren."

Leyds habe Verwahrung gegen diesen Vorwurf eingelegt, aber Derenthall habe die Achseln gezuckt und kühl geantwortet, er habe sich seines Auftrages entledigt und könne weiter nichts thun. Man würde diese Meldung bezweifeln müssen, wenn man nicht unter dem neuen Curse lebte. Uebrigens, auch Herr Eugen Richter glaubt in der Hauptsache an die Richtigkeit dieser Erzählung, und es ist diesem grimmigen Colonialfeinde anscheinend nicht wohl dabei. Er fühlt wohl heraus, daß es sich bei der neuesten Verbrüderung mit England noch um andere Dinge handelt, als um afrikanische Lampereien. Was werden nun die Officiösen und die Blätter sagen — leider sind es zumeist nationalliberale —, die jede Aeußerung der Besorgniß wegen des deutsch-englischen Abkommens als einen ungehörigen Ausdruck unbilligen Mißtrauens gegen die deutsche Diplomatie „gerügt" haben? Nun, sie werden erst recht toben und erst recht laut schreien, die Buren, Transvaal und der Oranjestaat gingen Deutschland nicht mehr an, als die Feuerlandsinseln und Zanzibar.

Bei aller Gläubigkeit dort, wo von einer der Bismarck'schen entgegengesetzten Berliner Politik erzählt wird, wollen wir übrigens doch noch nicht annehmen, daß Herr von Derenthall die deutschen Zeitungen, die nicht in Vertrauensseligkeit erstorben sind und für die deutschen Interessen in Afrika ihre Stimmen erhoben haben, als von dem Gesandten eines fremden Staates inspirirt und aufgereizt hingestellt habe. Bestätigte sich auch dies, so würde darüber noch geredet werden müssen. Zu ändern freilich ist nichts mehr, und wir begreifen die „Deutsche Tagesztg." nicht, die die Ansprache bei der Eröffnung der Stettiner Hafenanlagen aufgeregt hat. Niemand sorgt eifriger dafür, daß unsere Zukunft nicht auf das Wasser gelegt wird, als die deutsche Regierung. Der Aufenthalt auf dem Wasser ist für Handel und Industrie doch nicht Selbstzweck. Man fährt, um zu landen. Und der Zugang zum besten und werthvollsten Lande, das für uns in Betracht kam, wird in der Delagoabai den Engländern ausgeliefert. Bei solcher Praxis kann das Stettiner Wort die deutsche Landwirthschaft nicht in Besorgniß versetzen.

Unsere vor einigen Tagen gegebene Darstellung des Verhältnisses zwischen Nationalliberalen und Conservativen in der preußischen Wahlbewegung wird scheinbar alterirt durch Meldungen über weitere nationalliberal-freisinnige Bündnisse. Aber eben nur scheinbar. Von Apenrade abgesehen, wo die Conservativen bei den Reichstagswahlen den verdienten Jebsen verdrängt haben, dürfte kaum ein anderes als das schon erwähnte Königsberger Abkommen Bedeutung gewinnen. Wahlkreise, in denen bei den Landtagswahlen die Nationalliberalen und die Freisinnigen zusammengingen, hat es immer gegeben. Aber bisher waren derartige Vereinigungen fast immer Verbindungen zur Erduldung einer gemeinsamen Niederlage, und hierin dürfte sich nicht viel ändern. In Breslau, wo ein Theil der Nationalliberalen freisinnig wählen wird, ist diese Haltung ebenfalls ohne praktische Bedeutung, denn diese Stadt ist jetzt freisinnig vertreten und wird es unter allen Umständen bleiben. Der Breslauer nationalliberale Beschluß ist übrigens mit „Hängen und Würgen" zu Stande gebracht worden, und ähnlich dürfte es sich in Bielefeld-Herford verhalten, wo die Nationalliberalen in Herrn Fischbeck einen der Ergebensten der Ergebenen Richter's wählen — sollen. Charakteristisch für die Auffassung solcher Bündnisse im nationalliberalen Lager ist der Umstand, daß der z. B. über die Conservativen selbst recht ungehaltene „Hann. Cour." der Zweckmäßigkeit des Königsberger Abkommens skeptisch gegenübersteht. Man kann dabei nicht einmal sagen, daß die Conservativen und Agrarier den Nationalliberalen ein vereinzeltes Zusammengehen mit den Freisinnigen erschweren. Sie führen den Kampf zum Theil recht ungeschickt und herausfordernd. Der Bund der Landwirthe hat etwas wie ein Programm für die nächste Legislaturperiode veröffentlicht, in dem auch die Forderung einer Organisation des Kleinhandels gegenüber der Handelskammergesetzgebung, welche einseitig den Großhandel begünstige, figurirt. Natürlich erinnert sich angesichts dieses Satzes der Bauer, daß die Landwirthschaftskammergesetzgebung hinsichtlich des Wahlrechts den großen Grundbesitz in ungeheuerlichster Weise zu Ungunsten der kleineren und kleinen Besitzer bevorzugt. Auch die „Kreuzztg." hätte im Augenblick etwas Klügeres thun können, als einen Kampf gegen die „Gewerbefreiheit" schlechthin zu proclamiren.

Deutsches Reich.

e. **Riesa**, 1. October. Die Nationalliberalen unseres Wahlkreises haben nunmehr den gelegentlich einer Versammlung in Meißen gefaßten Beschluß, sich eine Organisation zu geben, ausgeführt und einen „Nationalliberalen Verein im 7. sächsischen Reichstagswahlkreise" gegründet. Zweck des Vereins, der auf dem Boden der deutschen nationalliberalen Partei steht, ist es, die Grundsätze der Partei innerhalb des 7. sächsischen Wahlkreises bei den Wahlen für Reichstag und Landtag zur Geltung zu bringen. Der Verein hat seinen Sitz zur Zeit in Riesa, sein derzeitiger Vorstand besteht aus den Herren Apotheker E. Kunstmann und Kaufmann Heinrich Schippel in Meißen, Fabrikbesitzer Jäger in Zscheila, Kaufmann und Fabrikant Otto Barth und dem Vorsitzenden Rechtsanwalt Fischer in Riesa. Mitglied des Vereins kann jeder Reichstagswähler werden, der sich zu den Grundsätzen der deutschen nationalliberalen Partei bekennt. Anmeldungen zur Mitgliedschaft nehmen die Mitglieder des Vorstandes entgegen. Der Mitgliedsbeitrag beträgt mindestens 1 ℳ jährlich.

β. **Berlin**, 1. October. (Schwabenstreiche.) Der Stuttgarter „Beobachter", „ein Volksblatt aus Schwaben", hat das abgelaufene Vierteljahr nicht zu Ende gehen lassen, ohne seinem Untertitel ganz besonders Ehre zu machen. Das Organ der württembergischen Demokratie beginnt heute unter der Ueberschrift „Bismarck und Cavour" eine kritische Betrachtung über den Fürsten Bismarck. Ihr ungenannter Verfasser senkt zwar gern vor der Größe des Staatsmannes und Diplomaten die Fahne, aber er kann nicht dazu schweigen, daß die staatsmännische Bedeutung Bismarck's in den letzten Wochen von aller Welt überschätzt worden ist, er muß sie auf das seiner Ansicht nach richtige Maß zurückführen. Die erste Handhabe bietet ihm hierfür die unleugbare Thatsache, daß Bismarck bis zum Anfang der 50er Jahre conservativer preußischer Junker war. Von diesem Standpuncte aus müßte der „Beobachter" es Bismarck doppelt hoch anrechnen, daß er lernte und aus einem Parteimanne ein Staatsmann wurde. Aber weit gefehlt! Das Verdienst hierfür liegt, nach dem „Beobachter", nicht im Mindesten bei Bismarck selbst, sondern bei — Oesterreich; dessen Feindseligkeit und Rücksichtslosigkeit habe Bismarck „geradezu gezwungen, einen anderen Ideengang einzuschlagen". Welche Schwierigkeiten Bismarck zu überwinden hatte, ehe er diesen „anderen" Ideen bei den Trägern der Krone, bei der öffentlichen Meinung und bei seinen nächsten politischen Freunden Eingang verschaffte, daran denkt der „Beobachter" nicht, ihm zufolge hätte sich jeder beliebige preußische Bundestagsgesandte von Oesterreich auf den „anderen Ideengang" zwingen lassen müssen. Aber es kommt noch weit besser. „Als er endlich", fährt der „Beobachter" fort, „die politische Führung Preußens übernahm, hatte ihm die freilich noch unvollständige Einigung Italiens bereits den Weg vorgezeichnet, den er zu gehen hatte." Ja, ist er den Weg gegangen? Ist er mit den deutschen Mittel- und Kleinstaaten so umgesprungen, wie das Haus Savoyen mit den verrotteten italienischen Staatswesen? Hat er Deutschland unter dem Protectorat Napoleon's III. geeinigt? Hat er zum Dank einen Fuß breit deutscher Erde abgetreten, wie Italien Savoyen und Nizza opferte? Solche Fragen, denen noch wer weiß wieviel ähnliche sich anreihen ließen, beantworten sich selbst. Der Versuchung, weitere Zinken des „Beobachters" zur Verkleinerung Bismarck's zu beleuchten, widerstehen wir um so lieber, je greller die mitgetheilten Proben die confuse Beschränktheit und die mangelnden Kenntnisse des demokratischen Blattes offenbart haben.

C. H. **Berlin**, 1. October. Aus dem anarchistischen Heerlager sind nicht unwichtige Dinge mitzutheilen. Die radicale Richtung der deutschen Anarchisten, welche sich um Pawlowitsch („Juden-Paul") und Dempwolff schaart, hat einen Correspondenten nach Genf entsandt, der allerlei Bemerkenswerthes aus dem dortigen Heerlager ausplaudert. Der Gewährsmann dieser radicalen Gruppe (wahrscheinlich Dempwolff) berichtet u. A. an das „Neue Leben": Luccheni hat massenhaft Glückwünsche, selbst Geld und Blumen erhalten, aber auch insultirende Sendungen. Es wurde ihm gestattet, während des Spaziergangs zu rauchen, auf das Gesetz der Schmutzpresse hin wurde ihm jedoch diese Vergünstigung entzogen. Er ist ungebeugt und benimmt sich ungezwungen. Ein Graphologe, der allerdings Luccheni's Leben und sein Benehmen kennt, beurtheilt ihn nach seiner Handschrift also: „Luccheni ist weder hochmüthig noch eitel. Er hat den „Ruhm" der großen Verbrecher nicht gesucht. Seine Schrift verrieth keinerlei Wunsch, von sich sprechen zu machen. Vielleicht hat er kleine Ansprüche an Eleganz, Erfolg bei Frauen, Unabhängigkeit, aber wer hat sie nicht? Ganz gewiß ist er weniger hochmüthig als Durchschnittsmenschen. Er ist kein Faullenzer, Faulheit kann zum Menschenhaß führen, aber Luccheni ist arbeitsam. Er ist auch kein Wilder, kein Menschenfeind, kein Weiberhasser. Dieser Feind der Gesellschaft ist durchaus gesellig." So der Graphologe, der also Luccheni für das Musterexemplar eines Menschen ausgiebt. Natürlich kann sich in den Augen solcher Beurtheiler die Kaiserin Elisabeth mit Luccheni nicht messen; sie hat gerufen: „Der Mensch hat meine Uhr stehlen wollen, man soll ihn verhaften!" und das läßt, wie der anarchistische Berichterstatter aus Genf schreibt und in Deutschland drucken läßt, „nicht gerade auf große Selbstbeherrschung oder Edelmuth schließen". Weiter theilt der anarchistische Vertrauensmann mit, daß das Agitationsblatt der Anarchisten, „L'Agitatore", in Neuenburg weiter erscheint. Drucker und Redacteure — sechs Italiener — sind zwar verhaftet, aber der von Anderen bereitete entsetzliche Giftstoff darf ruhig in der Schweiz weiter verbreitet werden. Die Sprache der anarchistischen Blätter in Deutschland ist so zügellos wie möglich. „Das Neue Leben" schreibt z. B.: „Die heutige Gesellschaft geht ihrem Untergang entgegen, sie kann sich nicht mehr lange halten, denn sie ist faul. Durch und durch ist sie verfault, vom Scheitel bis zur Sohle. Darum halten wir die Augen offen und wir werden dann freudig rufen: Hoch lebe die Anarchie!" Der „Arme Conrad" schreibt: „Heuchler sind die, welche uns als Bluthunde schildern wollen. Sie selbst sind es, denn sie sind durch ihre Trägheit oder Gewissenlosigkeit mitschuldig an den Morden." Der „Socialist" ist selbstverständlich derselben Ansicht. Für die aus Pest ausgewiesenen Anarchisten soll unter den deutschen Anarchisten gesammelt werden. „Genosse" Grunau ist bereit, Gelder zu befördern. Der schon oben genannte anarchistische Agitator Dempwolff wird am 10. October in Magdeburg eine anarchistische Zusammenkunft leiten. Man sieht, die Anarchisten sind wieder so frech und herausfordernd wie vor der entsetzlichen Bluthat in Genf.

* **Berlin**, 1. October. Eine Denkschrift über die Bekämpfung der Schwindsucht hat die Centralcommission der Krankencassen Berlins und der Umgegend beim Reichsversicherungsamte eingereicht. Die Sterblichkeit innerhalb der erwerbsthätigen Bevölkerung in Folge der Schwindsucht ist bekanntlich eine große; im Besonderen sind die Krankencassen durch die Ausgaben für Schwindsuchtskranke stark belastet. Der Procentsatz der an Schwindsucht leidenden kranken Mitglieder der Ortskrankencassen schwankt um einen Durchschnitt von 33; bei den Maurern in Berlin betrug er 35, bei Goldschmieden und Handlungsgehülfen 50, bei den Tapezierern 65 und bei den Bergoldern sogar 85. Die kleine Casse der Goldschmiede mußte bei 1761 Mitgliedern in der kurzen Zeit von ein paar Jahren 27 000 ℳ für 26 Schwindsüchtige zahlen. Auch die Krankencassen haben daher, wie die Versicherungsanstalten, ein starkes Interesse an der Bekämpfung der Schwindsucht. In Berlin stehen Krankencassen und Versicherungsanstalt zu diesem Zwecke bereits in Verbindung mit einander; die Versicherungsanstalt trägt die sämmtlichen Kosten des Heilverfahrens, die Krankencasse zahlt das sämmtliche Krankengeld an die Familie der Kranken, welche von der Anstalt meist nach den Heilstätten in Grabowsee und Görbersdorf gesandt werden. Die Denkschrift stellt nun die Forderung auf, daß jeder der versicherungspflichtigen Bevölkerung Angehörige das Recht auf Heilstättenbehandlung in den dazu geeigneten Fällen haben soll, und zwar soll dieses Recht gesetzlich festgelegt werden durch eine andere schärfere Fassung des § 12 des Invaliditätsgesetzes. Die nächstliegende praktische Forderung würde sich auf eine bedeutende Vermehrung der Heilstätten beziehen — die zwar langsam von [illegible] vor sich geht, aber die Beschleunigung, welche in der Denkschrift in Aussicht genommen ist, wohl vertragen würde.

⊙ **Berlin**, 1. October. (Telegramm.) **Prinz Heinrich von Preußen** ist gestern an Bord des Kreuzers „Deutschland" in Kiautschau eingetroffen.

⊙ **Berlin**, 1. October. (Telegramm.) Der deutsche Botschafter in Paris **Graf Münster** ist hier eingetroffen.

⊙ **Berlin**, 1. October. (Telegramm.) Der „Reichs-Anzeiger" schreibt: Der Cultusminister beabsichtigt zur Wiederbelebung der früher verbreiteten Familiensitte und zur Förderung der vaterländischen Medaillenkunst eine **Taufmedaille** oder Plakette ausführen zu lassen, und schreibt einen Wettbewerb für preußische und andere, in Preußen lebende deutsche Künstler aus. Für den besten Entwurf sind 2000 ℳ ausgesetzt. Ferner sind dem Preisgerichte noch 3000 ℳ zur Verfügung gestellt worden, um weitere Preise zu vertheilen.

B. **Berlin**, 1. October. (Privattelegramm.) In der gestrigen Sitzung des Aufsichtsrathes der **Deutschen Colonial-Gesellschaft für Südwest-Afrika** wurde Fürst Kraft zu Hohenlohe-Oehringen in Slawentzitz zum Mitgliede des Aufsichtsraths für den verstorbenen Herzog von Ujest gewählt. An der der Aufsichtsrathssitzung folgenden Generalversammlung nahm auch der Generalbevollmächtigte der Gesellschaft, Assessor Rohde, welcher nach einigen Wochen nach Südwest-Afrika zurückkehren wird, Theil. Derselbe machte eingehende und höchst interessante Mittheilungen über die Entwickelung des Schutzgebietes. Erfreulicherweise konnte er bestätigen, daß die Lungenseuche unter den Viehherden keine so großen Verheerungen angerichtet hat, als man bei dem Auftreten derselben befürchtete. Insbesondere haben sich die Verluste in der der Gesellschaft gehörigen Herden in mäßigen Grenzen gehalten. Herr Rohde legte großen Werth auf die Vermehrung und Zucht der Angoraziegen, deren Wollhaare auf den europäischen Märkten einen guten Preis bringen. Er sprach die Ueberzeugung aus, daß sich ein großer Theil des südwestafrikanischen Schutzgebietes für die Zucht der Angoraziegen besonders eigne. Den Gang der kaufmännischen Geschäfte bezeichnete er als sehr befriedigend.

B. **Berlin**, 1. October. (Privattelegramm.) Ueber die Bestätigung der Wahl des Bürgermeisters **Kirschner** zum **Oberbürgermeister von Berlin** wird von hier der „Bresl. Ztg." geschrieben:

Wie wir zuverlässig erfahren, stehen die Verzögerung der Bestätigung des Herrn Kirschner als Oberbürgermeister von Berlin und das Ausbleiben der Bauerlaubniß zu einer angemessenen Herstellung des Friedhofs der Märzgefallenen in einem ursächlichen Zusammenhange mit einander. Die Bestätigung des Herrn Kirschner ist nämlich von maßgebender Stelle an allerlei Bedingungen geknüpft worden, die sich auf das politische Wohlverhalten des Herrn Kirschner für die Zukunft beziehen. Unter den Anforderungen, die man an ihn in einer Art von Wahlcapitulation gestellt hat, befindet sich u. A. auch die, daß Herr Kirschner sich verpflichtet, als Chef der Berliner Communalverwaltung gegen jede Ehrung der Märzgefallenen aufzutreten. Von sehr hoher Stelle soll die Aeußerung gefallen sein, daß die Abgabe einer solchen Versicherung unter allen Umständen die conditio sine qua non der Bestätigung für Herrn Kirschner sein müsse.

Die „Nat.-Ztg." kann dieser Mittheilung gegenüber versichern, daß an Herrn Kirschner bis zu dieser Stunde irgend welche Anforderung, von deren Erfüllung die Bestätigung der Wahl abhängig gemacht werden sollte, nicht gestellt worden ist, und zwar von keiner Stelle aus; es fehle auch jedes Anzeichen dafür, daß die Absicht bestände, solche Anforderungen zu stellen.

— Die Novelle zum Schutze der persönlichen Freiheit wird, wie die „Schles. Ztg." erfährt, nicht blos schärfere Strafbestimmungen gegen Streikterrorismus, sondern auch gegen unrechtmäßige Einwirkung auf einzelne Unternehmer behufs Erzwingung ihres Beitritts zu sogenannten Syndicaten, Cartelen, Ringen und dergl. enthalten.

— Gegen die zunehmende Verwelschung Luxemburgs richtet die „Deutsche Zeitung" kräftige Worte: „Luxemburg war bekanntlich nicht nur früher ein Bestandtheil des politischen Deutschlands, es gehört auch heute noch zum Zollverein. Die Wilhelms-Eisenbahn des Großherzogthums untersteht der kaiserlichen Generaldirection der elsaß-lothringischen Eisenbahnen; der Luxemburger Handel wird fast nur mit Deutschland geführt; die Deutschen sind die Abnehmer fast der ganzen großen Eisenproduction des Landes und doch wollen die Herren im Gespräche nichts von uns wissen, schimpfen wie die ungezogenen Schulknaben auf Preußen und Bismarck, denen sie fast Alles verdanken, was sie geworden sind. „Preiß' — Buckel voll Läus", ist eines ihrer geschmackvollsten Sprichwörter. Mit wahrer Affenliebe hängt Luxemburg an Frankreich. Schon 1870/71 konnte man das schmähliche Benehmen der Luxemburger beobachten: den Franzosen wurden Wagen voll von Vorräthen und Verbandzeug hinübergeschickt, während die deutschen Stammesbrüder leer ausgingen. Inzwischen ist die gehässige Stimmung Deutschland gegenüber fast nur schlimmer geworden — vor Allem dank der famosen Erziehung, die der Luxemburger Jugend auf ihrem Gymnasium zu Theil wird. Gegen zweihundert der das „Collège" in Luxemburg selbst besuchenden Schüler sind zugleich Interne in dem von Jesuiten geleiteten „Convict". Die Umgangssprache ist ebenso, wie die Unterrichtssprache (außer für Religion und Deutsch), das Französische; jeden Morgen eine heilige Messe, im Lesezimmer ultramontane Zeitungen reinsten Wassers; in der Bibliothek nur Bücher christlich-katholischer ultramontaner Färbung, — wo soll da Liebe oder auch nur Verständniß für deutsches Wesen herkommen? Der letzte Stoß wird dem Deutschthum gerade jetzt versetzt. Bekanntlich haben die Luxemburger keine eigene Universität. Das Land begnügt sich damit, die Prüfungen durch eine eigene Regierungscommission vornehmen zu lassen, überläßt es aber den Studirenden, die Kenntnisse sich auf beliebigen ausländischen Universitäten zu erwerben, so daß gerade bei Juristen trotz der großen Vorliebe für Paris der Besuch deutscher Hochschulen [illegible] Kenntnissen deutscher Verhältnisse nicht ungewöhnlich war. Nachdem Deutschland aber das Bürgerliche Gesetzbuch angenommen hat, wird der juristische Unterricht an unseren Universitäten derart umgestaltet, daß es den Luxemburgern unmöglich wird, sich in Deutschland zu ihrer Luxemburger Prüfung vorzubereiten. Frankreich und Belgien werden nun also bei den Gebildeten die Erziehung vollenden, die von den Jesuiten so vorzüglich begonnen wurde!"

* **Aus Thüringen**, 30. September. In den drei ersten Tagen künftiger Woche werden die Vertreter der thüringischen Staaten in Jena Berathung darüber pflegen, welche Aenderungen in der Landesgesetzgebung sich infolge der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches erforderlich machen werden. Voraussichtlich dürfte auch eine Einigung über die Grundzüge derjenigen gesetzlichen Vorschriften stattfinden, die von der Reichsgesetzgebung unberührt bleiben, und deren Erlaß nach dem Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch den einzelnen Staaten noch obliegt.

* **Aus dem Kreise Recklinghausen**, 30. September. Kürzlich schrieb die „Köln. Ztg.", das Vorhandensein einer „polnischen Frage" in Westfalen könne nicht mehr in Abrede gestellt werden. Jetzt schreibt man dem rheinischen Blatte: Wie richtig dieser Satz ist, mag u. A. auch aus folgenden Thatsachen entnommen werden. Die Zahl der im Kreise Recklinghausen vorhandenen Polen betrug nach der Aufnahme zu Anfang vorigen Monats 28 516, also ein Fünftel der gesammten Kreisbevölkerung. Die polnische Bewegung im Kreise, d. h. der Zusammenschluß der Polen in Vereinen, das Abhalten von Polenversammlungen, die Verbreitung der polnischen Presse und das Auftreten des polnischen Elements in den bergmännischen Vereinigungen zeigt namentlich seit dem letzten halben Jahre Erscheinungen, die man noch bis vor Kurzem kaum für möglich gehalten hatte. So verlangten z. B. die Polen in Bottrop, daß von den sechs zu wählenden Knappschaftsältesten zwei Polen seien. Mit ähnlichen Ansprüchen sind die Polen in den Gewerkverein hervorgetreten. Auch eigene Reichstagscandidaten hatten sie bekanntlich aufstellen wollen, haben aber in letzter Stunde das Vorhaben aufgegeben. An Polenvereinen bestehen im Kreise Recklinghausen allein 14 mit 1750 bis 1800 Mitgliedern; allein im letzten Halbjahr ist die Mitgliederzahl um 300 gestiegen. Bereits planen die Polen, in die Kirchengemeindevertretungen einzudringen. Die Zeit wird nicht mehr fern sein, da sie auch auf die politischen Gemeindevertretungen ihr Auge werfen werden. Besonders streben die Polen aber an, ihre eigenen Geistlichen, d. h. polnisch-nationale, nicht blos polnisch redende katholische Geistliche zu erhalten. Dies Letztere ist der hauptsächlichste und gefährlichste Punct ihres Strebens. Sollten sie darin ihrem Willen durchsetzen, so wäre ihre geschlossene Organisation dauernd gesichert und für absehbare Zeit ein Staat im Staate geschaffen. Es muß rückhaltlos anerkannt werden, daß die Haltung der bischöflichen Behörde diesem Wunsche der Polen gegenüber bisher durchaus correct war. Dieselbe wird mit Bitten um katholische polnische Geistliche geradezu bestürmt, wobei auch Drohungen in die Bitten einfließen. Die Antwort hat bisher immer gelautet, polnisch redende deutsche Geistliche ständen gern zur Verfügung, da dem religiösen Bedürfnisse der Polen durchaus genügt werden solle. Damit ist den Polen aber nicht gedient; polnisch redende Patres, die ihnen geschickt waren, haben keinen Zuspruch gefunden. Nationalpolnische Geistliche, die lediglich die politische Führerschaft übernehmen sollen, sind aber stets verweigert worden. Es ist zu hoffen, daß die Kirchenbehörde auf diesem correcten Standpunct bestehen bleiben wird.

* **Köln**, 29. September. Der Einladung des Vereins der Industriellen des Regierungs-Bezirkes Köln zur Theilnahme an einer gemeinschaftlichen Versammlung behufs Beschränkung der öffentlichen Lustbarkeiten sind seit Versendung der Einladung vom 21. September außer den drei namhaft gemachten Handelskörperschaften noch mehrere Handelskammern und wirthschaftliche Vereine gefolgt, darunter die Handelskammer Wesel. Diese legt Werth darauf, daß ihre Zustimmung zu den einschlägigen Bestrebungen

SLUB
Wir führen Wissen.